



Nr. 222. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 13. Mai 1868.

## Deutschland.

### O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

#### 11. Sitzung des Zollparlaments. (12. Mai.)

Größtung 1½ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Tisch der Bundes-Commissionen: Delbrück v. Linden u. A.

Auf der Tagesordnung steht die geschäftliche Behandlung der beiden Vorlagen, betreffend die Besteuerung des Tabaks und die Änderung des Vereinszolltarifs, welche gestern Abend Gegenstand der Besprechung in allen Fraktionen war. Für die Vorberathung im Plenum sprach sich die Mehrheit aus, dagegen waren die Meinungen darüber getheilt, welcher der beiden Vorlagen die Priorität einzuräumen sein.

Präsident Simon schlägt Vorberathung im Plenum für beide Vorlagen vor und zwar zuerst über die Änderung des Vereinszolltarifs und dann über die Besteuerung des Tabaks. Diese Reihenfolge rechtfertigt sich aus der Erwagung, daß durch die Berathung des österreichischen Handelsvertrages und der Tarifvorlage, in welchen Vorlagen Zollermäßigungen beantragt sind, das Bedürfnis erst festgestellt werden müsse, aus dessen Erkenntnis die in der zweiten Vorlage verlangte Mehrbewilligung gerechtfertigt wird.

Abg. Hagen: Ich bedauere, dem Vorschlag des Herrn Präsidenten widersprechen zu müssen. Gerade diese Vorlage ist ganz besonders geeignet zu einer sorgfältigen Prüfung durch eine Commission. Schon ein bloßer Überblick über die einzelnen Bestimmungen des Tabaksteuergesetzes zeigt, daß die Sache nicht so einfach liegt, um so schnell erledigt werden zu können. Die wesentlichen Bestimmungen sind durch dieses Gesetz dem Bundesrathe vorbehalten, wie die Gewährung von Remissionen, die sonst Gegenstand besonderer Gesetze ist. Es werden in dem Gesetze die bedeutendsten Strafen festgesetzt, wie der 16 Pf. Steuerbetrag. Solche Bestimmungen können nicht so ohne Weiteres im ganzen Hause erledigt werden. Viel wichtiger ist aber noch die finanzielle Bedeutung der Frage. Es handelt sich bei der Tabak- und Petroleum-Steuer um eine erhebliche Mehrbelastung der Bevölkerung, die weit mehr als 2 Millionen Thaler beträgt; und dazu sind dies Steuer-Auflagen auf Gegenstände, die den wichtigsten Lebensbedürfnissen an die Seite zu stellen sind. So gewichtige Fragen können nicht sofort im ganzen Hause behandelt werden. Es muß vorhergehend eine sorgfältige Prüfung des finanziellen Bedürfnisses der Mehrbelastung. Zu diesem Zwecke wird es die erste Aufgabe der Commission sein müssen, den Bundesratler aufzufrühen, eine Übersicht der Staatsverhältnisse sämtlicher Staaten des Zollvereins vorzulegen, während wir jetzt noch nicht einmal den Statat des norddeutschen Bundes für 1869 kennen. Es ist aber auch erforderlich, daß wir die Ergebnisse der Finanzverwaltung der süddeutschen Staaten aus den letzten Jahren kennen; sonst können wir unmöglich ein sachgemäßes Urtheil fällen. Ich beantrage deshalb, diese Vorlagen einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Dr. Aegidi: Ich schließe mich dem Vorschlag des Herrn Präsidenten insoweit an, als ich für Vorberathung im Hause stimme. Dieser Modus der Berathung ist der gründlichste, den unsere Geschäftsordnung kennt. (Abg. v. Binde (Mörs): Sehr wahr!) Es wird dabei zweckmäßig sein, die Vorberathung über beide Vorlagen erst zu erledigen, ehe eine Vorlage zur Schlussberathung gestellt wird. — Ich bitte jedoch, die Tabaksteuer-Vorlage vorzugehen zu lassen, da wir unmöglich eher einen Be schlus über den Ausfall von Höllen fassen können, wie sie die Tarifvorlage vorschlägt, ehe wir uns über die Deduktion des Ausfalls klar geworden sind. Zwischen den Zeilen der ganzen Tarifvorlage geht die stillschweigende Vor aussetzung hindurch, daß der Widerspruch gegen die Tabaksteuer-Vorlage gebrochen werden soll. Eine solche Voraussetzung dürfte den Berathungen im Parlament nicht förderlich sein, da es hier darunter ankommt, unseren süddeutschen Collegen Vertrauen mit Vertrauen zu erwiedern. Ich glaube aber, daß die Tabaksteuer-Vorlage gerade von den süddeutschen Abgeordneten ruhiger und sachlicher betrachtet werden kann, wenn die Entscheidung darüber durch die Annahme des Tarifgesetzes nicht vorher schon präjudiziert ist.

Abg. Dr. Krieger (Posen) ist gleichfalls für den Vorschlag des Präsidenten. Alle die Fragen, um die es sich hier handelt, lassen sich am allerbesten im Plenum erörtern. Auch die vom Abg. Aegidi vorgebrachte Aenderung in der Reihenfolge kann ich nicht billigen.

Abg. Mohl ist dafür, daß die Tabaksteuer-Vorlage zuerst in Berathung gezogen werde, mit der Modification jedoch, daß auch die Schlussberathung darüber erst beendigt werde, ehe man an die Tarifreform gehe.

Abg. Westen: Vorlagen, wie diese, können nur im ganzen Hause vorberathen werden. Ich vermag auch gar nicht abzuzeihen, wann wir mit der Berathung fertig werden sollen, wenn die Vorlagen in eine Commission gingen. Bei der Vorlage wegen der Tarifreform handelt es sich um ganz geringfügige Specialitäten, wenn auch aus der Mitte des Hauses noch Anträge auf weitere Zollermäßigungen hervorgehen können. Anders ist es mit der Tabaksteuer-Vorlage. Es fehlt mir unmöglich, daß wir die hier verlangte Steuererhöhung decretieren könnten, einschließlich der Bemerkung in den Motiven bin, daß die meisten Regierungen wohl mehr Geld brauchen könnten. (Sehr richtig!) Vielleicht werden aber bei der Berathung über die Tarifreform weitere Ermäßigungen beschlossen, und zu dem Erfahe der selben mag dann die Tabaksteuer verwendet werden können, das ist für mich der entscheidende Grund, warum ich die Berathung über die Tabaksteuer-Vorlage, der über die Tarifreform nachfolgen lassen möchte.

Abg. Walden (für Commissionsberathung): Schon der Zollvertrag mit Österreich hat den Beweis gegeben, wie ganz unmöglich Vorlagen dieser Art im ganzen Hause verhandelt werden können. Doch bei jener handelte es sich wenigstens nur um Annahme oder Ablehnung, die Vorlagen dagegen haben wir durchaus auch im Einzelnen zu prüfen und zu amenden und uns über die einzelnen Punkte von den Bundes-Commissionen Informatio nen zu holen. Dafür eignet sich nur die Commissionsberathung.

Abg. v. Hennig spricht für Vorberathung im ganzen Hause.

Abg. Schäffle: Der österreichische Handelsvertrag berührte weit manigfältige Interessen, als dies bei der Tabaksteuer-Vorlage der Fall ist. Da wir jenen im ganzen Hause vorberathen haben, so haben wir keinen Grund, für diese Vorlagen davon abzuweichen.

Abg. v. Binde (Mörs): Gerade weil die Vorlage eine so wichtige ist, ist die Vorberathung im Hause vorzusehen; denn im Hause befinden sich sämtliche Sachverständige, während die Zusammensetzung der Commissionen ein Spiel des Zufalls ist. Was die Reihenfolge betrifft, so empfiehlt es sich wohl auch hier, wie bei einer Budgetberathung, zunächst die Ausgaben festzustellen, hier also die Mindereinnahme, und dann erst, wenn das nothwendige Deficit hergestellt ist, für die Deduktion derselben zu sorgen. Sonach wäre zuerst die Tabakvorlage und dann erst die Tarifreform vorzunehmen. Wenn jedoch die Süddeutschen, die natürlich von uns auf alle Weise berücksichtigt werden müssen, die Berathung der Tabakvorlage zuerst wünschen, so haben wir um so mehr Grund, darauf einzugehen, als gerade die Süddeutschen Staaten von einer durchaus neuen Steuer getroffen werden, ihre Vertreter also mit aller Rücksicht, welche die Mehrheit der Minderheit schuldig ist, gehört werden müssen. (Beispiel auf den Bänken der Süddeutschen.)

Abg. v. Schweicker: Wenn wir den Zolltarif zuerst berathen, so wäre es leicht möglich, daß man, um ein dadurch entstehendes Deficit zu deden, später die Tabaksteuer um jeden Preis annehmen zu müssen glaubt. Ich halte es nicht für wünschenswert, solche der Sache fern liegende Gründe in die Berathung über eine Steuer-Vorlage hineinzuziehen zu lassen, und empfehle Ihnen deshalb den Antrag des Abg. Aegidi.

Abg. v. Neurath: Bei einer Besprechung, die wir Süddeutschen unter uns abgehalten haben, wurde einstimmig beschlossen, dafür zu stimmen, daß die Tabaksteuer-Vorlage zuerst zur Berathung gebracht werde. Für die Bereitwilligkeit, unsere Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen: sage ich dem Abg. Binde meinen Dank.

Abg. Dr. Bamberg (für den Vorschlag des Präsidenten): Ich weiß nicht, welchen Zweck es haben soll, bei jeder Frage hier von Norddeutschen und Süddeutschen zu sprechen. Einstimig gefaßt war der erwähnte „Beschluß der Süddeutschen“ jedenfalls nicht. (Heiterkeit.) Wenn wir bei jeder Gelegenheit hier von Nord- und Süddeutschen reden wollen, dann wären wir wahrlich besser zu Hause geblieben. (Widerspruch rechts.)

Der Antrag des Abg. Hagen auf Verweisung an eine besondere Com-

mission wird darauf mit allen Stimmen gegen die der Fortschrittspartei abgelehnt, die Vorberathung im Plenum mit sehr großer Majorität beschlossen, dagegen in Betreff der Reihenfolge der Vorlagen abweichend von dem Vorschlage des Präsidenten und dem des Abg. Aegidi entsprechend entschieden, zunächst die Tabaksteuer-Vorlage zu discutiren. (Dagegen die Nationalliberalen, dafür die Süddeutschen und die Conservativen.)

Wir dürfen wohl schon an dieser Stelle bemerken, daß mit der getroffenen Entscheidung der Formfrage wahrscheinlich auch über das Schicksal der Tabaksteuer-Vorlage selbst entschieden worden ist, da sie jetzt voraussichtlich zahlreiche Gegner in der liberalen Partei finden wird, die sie eventuell acceptirt hätten, wenn durch die Tarifänderung zuvor der entsprechende Einnahmeanstieg nachgewiesen wäre.

Schlüß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Z.-O. Tabaksteuer-Vorlage.)

Berlin, 12. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat den Landgerichts-Professor und Friedensrichter Heinemann in Elberfeld zum Rath bei dem dortigen Landgericht; die Stadtrichter Frenzel und Ludwig hier selbst zu Stadtgerichts-Räthen; sowie die Regierungs-Professor Jonas in Stettin und Düring in Magdeburg zu Regierungs-Räthen; und die Staatsanwalts-Gehilfen Kuniz und Schütz hier selbst zu Staatsanwalten ernannt; dem Rechtskonsulenten der königl. Hofämter, Gerichts-Professor a. D. Dr. Helm Gustav Girau, den Charakter als Hof-Justizrat mit dem Range eines Justizrats verliehen; dem Rentanten des Kreptome-Landschafts-Departements-Kasse, Martin Friedrich Jenke zu Teplitz a. d. R., den Charakter als Rechnungs-Rath; sowie dem Domänen-Rentmeister Böhmer zu Storkow den Charakter als Domänen-Rath, und den Domänen-Büchtern Oberamtmann Barnack zu Grimnitz, und Oberamtmann Karbe zu Gramzow den Charakter als Amts-Rath; dem Schäferei-Director Schjerning zu Neustadt C. W. den Titel „Oekonomie-Rath“, und den Oekonomie-Commissionen Baumann zu Dörften und Sterneborg zu Lippstadt den Titel „Oekonomie-Commissionen-Rath“ verliehen.

Der bisherige Geheime Kanzlei-Diätan Seiffert ist zum Geh. Kanzlei-Secretär im Bureau des Staatsministeriums ernannt worden. Der königl. Landbaumeister Wolff zu Frankfurt a. d. O. ist zum königl. Bau-Inspecteur ernannt und denselben die Bau-Inspectortelle zu Hohenstein Ostpr. verliehen worden. Der Privat-Docent Dr. Friedrich Julius Kühn hier selbst ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Facultät der hiesigen lgl. Universität ernannt worden. Der praktische Arzt a. c. Dr. Neher zu Roslau zum Kreis-Bundarzt des Kreises Sangerhausen ernannt worden.

Berlin, 12. Mai. [Vom Hofe.] Im Laufe des Vormittags nahmen Se. Majestät der König die Vorträge des Polizei-Präsidiums, des Militär-Cabinetts und des Staats-Ministers Grafen von Iphenbusch entgegen. Um 11 Uhr empfingen Allerhöchstdienseln den Commandeur General v. Voigts-Rhetz, und fanden demnächst militärische Meldungen statt, wobei unter Anderen zugegen waren: der Oberst Weigelt, Chef des Generalstabes der General-Inspection der Artillerie, Oberst von der Osten-Sacken, Commandeur des 4. Garde-Regiments; Oberst-Lieutenant von Busse, Commandeur des 3. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 15, Oberst Graf zu Dobra, Commandeur des 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 24 (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin) Oberst von Lüderitz vom 9. Dragoner-Regiment, Präs. der 4. Remonte-Ankaufs-Commission in Hannover ic. Von 1 Uhr ab empfingen Se. Majestät nach einander Se. Durchsucht den Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen, den Staats-Minister Grafen von Iphenbusch und den Bischof Kremenz von Ermland. (St.-A.)

= Berlin, 12. Mai. [Die Mitglieder des Bundesrathes] waren heute in großer Thätigkeit. Der Ausschuss des Zollbundesrathes für Zoll- und Steuerwesen erledigte heute das Regulativ über die zollamtliche Behandlung des Postverkehrs. Seitens des norddeutschen Bundesrathes tagte heute die Enquête-Commission für das Hypothekenwesen zur Vernehmung des Advocaten Heubner aus Dresden. Der Handels- und Verkehrs-ausschuss beriet die Consular-Convention mit Italien, erledigte Consular-Angelegenheiten und den Bericht über Schiffsmessung, welche einen Theil der Maß- und Gewichtsordnung bildet. Zwischen 1 und 2 Uhr hielt der Bundesrath des norddeutschen Bundes eine Plenarsitzung ab. In derselben kamen zunächst Seitens des Präsidiums zur Vorlage: 1) Gesetz-Entwurf wegen Feststellung des Staatshaushalt-Stats des norddeutschen Bundes für 1869. 2) Gesetz-Entwurf wegen Ertheilung von Mandaten zur Durchsuchung norddeutscher Kaufahrteischiffe in Absicht auf Unterdrückung des Negersclaven-Handels. 3) Vorlage wegen Ankaufung von Verhandlungen mit den Niederlanden über Ausdehnung des Vertrages vom 16. Juni 1856 auf die Bundes-Consuln. Es folgten der Bericht des 4. Ausschusses über die Maß- und Gewichtsordnung unter Annahme der Ausschranke, Bericht des 5. Ausschusses, betreffend die Richtung der Venlo-Hamburger Eisenbahn; der mündliche Bericht des 7. Ausschusses über den Antrag des germanischen Museums zu Nürnberg auf Bewilligung einer Unterstüzung. — Das Budget und die Maß- und Gewichtsordnung werden unverzüglich an den Reichstag gelangen und damit bestätigt sich unsere Mithteilung, daß die Regierungen die Erledigung dieser Angelegenheiten in dieser Session wollen.

[Die Commission des Reichstages für die Gewerbeordnung] trat heute in die Berathung des Tit. II. „Stehender Gewerbebetrieb“ ein. Zwei principielle Anträge waren eingegangen. Der eine will die Prüfung oder die an Fähigkeitsnachweis geknüpfte Aufnahme in die Innung zur bündesgesetzlichen Voraussetzung allen Handwerksbetriebes erheben. Der andere will es in Betreff der Prüfungen der Meister und Gesellen bei den Landesgesetzen belassen, mit der Maßgabe, daß die nach den einzelnen Landesgesetzen gültig abgelegten Prüfungen zum Handwerksbetrieb im ganzen Bunde ermächtigen. Die beiden Anträge wurden mit überwiegender Majorität verworfen. Der § 14 wurde sodann mit zwei Aenderungen angenommen. Eine vorgängige Anzeige der Geschäftsordnung ist nicht erforderlich, und die geschehene Anzeige innerhalb drei Tagen zu becheinigen.

[Schulhaft.] Die Commission des Reichstages für die Vorlage betr. die Aufhebung der Schulhaft tagte ebenfalls heute vor der Sitzung des Zollparlaments in Gegenwart des Bundescommissioners Geh.-Rath Bape. Abg. Lesser erstattete als Referent seinen Bericht und empfahl die Genehmigung der Vorlage. Ueber die Frage, ob das Gesetz auch für Ausländer gültig sein sollte, wurde verhandelt, aber noch nicht entschieden.

[Rinderpest.] Die von den Abga. Friedenthal und v. Göller im Zollparlament gestern eingebrachte und genehmigte Resolution betr. die Verhinderung mit Österreich über Maßregeln gegen die Rinderpest wird als Belag dafür betrachtet, daß es unmöglich ist, die Thätigkeit der Organe des Zollvereins durchaus auf Tariffragen zu beschränken und daß die Natur eines Vereins, dessen Mitglieder aus einer gemeinsamen Zollkasse schöpfen, mit einer solchen Beschränkung unverträglich ist. Die Resolution war auch vom Abg. Prinzen Albrecht von Preußen unterzeichnet, dessen Namen man zum ersten Mal unter einem eingebrachten Antrag gelesen hat.

[Die Verfassungsfrage in Nazeburg.] Dem Vertreter der Unterzeichner der Petition wegen Einführung einer Verfassung in dem Fürstenthum Nazeburg, Advokaten Kindler zu Schönberg, ist auf seinen erneuerten Vortrag an den Bundesrath der nachstehende Bescheid erteilt worden:

„Berlin, 5. Mai 1868. Auf Ew. ic. Vorstellung vom 27. März d. J., in welcher Sie den Antrag stellen, der Bundesrath wolle die großherzogliche

Landesregierung zu Neustrelitz in geeigneter Weise veranlassen, dem Fürstenthum Nazeburg eine Volksvertretung und eine den Verhältnissen angemessene Verfassung zu gewähren, hat der Bundesrath des norddeutschen Bundes in seiner Sitzung vom 29. d. M. beschlossen, daß nach der von dem Bevollmächtigten der großherzoglich medienburg-strelischen Regierung abgegebenen Erklärung, dieselbe sei nach wie vor bereit, eine Landesvertretung in dem Fürstenthum Nazeburg einzuführen, zu welchem Ende bereits die nötigen Einleitungen getroffen seien, welche jedoch bei der Kürze der Zeit und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes noch nicht haben zum Abschluß gebracht werden können, kein Grund vorliege, auf die Petition näher einzugehen. Das Bundesamt erlässt.“

[Der Regierungs-Vice-Präsident Graf v. Poninski] ist von Breslau hier eingetroffen.

[Politischer Prozeß.] Vor der siebenten Deputation des Criminal-Gerichts (Vorsteher Graf Bredow) wurde gestern der am 8. Mai vertragte Prozeß gegen den Maschinenbauarbeiter Schmidt verhandelt, der des Vergehens gegen § 90 in Verbindung mit § 36 des Strafgesetzbuchs angelagt ist. Der Angeklagte war Mitglied einer von einer Arbeiterversammlung ernannten Deputation, welche dem Grafen Bismarck Vorstellungen über einen in Berlin existierenden Notstand hatte machen sollen, er hatte, da diese Deputation von Graf Bismarck nicht empfangen, sondern an den Grafen Culenburg oder den Polizei-Präsidenten verweisen worden war, in einer am 9. März abgehaltenen Volksversammlung gehäuft: „Es wird uns auch hier so gehen; wir werden mit dem hinfenden Voten abgewiesen. Wenn man uns die Thüren nicht öffnet, so werden wir mit Gewalt öffnen.“ Bevor Schmidt weiter sprechen konnte, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst und Schmidt wegen öffentlicher Aufreizung zu einem Vergehen, das erfolglos geblieben, und wegen Nötigung zu einer Amtshandlung durch Drohungen angeklagt. Der Angeklagte räumte ein, die fraglichen Worte gebraucht zu haben; in Folge dessen wurde die Anklage ohne Zeugenvernehmung verhandelt. Der Staatsanwalt behauptete, der Angeklagte habe an die Macht der Fäuste der Arbeiter appelliert, um ihren Willen durchzusetzen, und nicht etwa moralische Mittel im Auge gehabt. Das mindeste Strafmaß aus § 90 sei drei Monat Gefängnis. Ueber dasselbe müsse aber in Erwägung desseß, daß der Angeklagte gerade den damals herrschenden Notstand für seine gefehlwirrige Agitation benutzt habe, binausgegangen werden; er beantworte daher 6 Monat Gefängnis. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Holtzoff, bestritt, daß von einer Amtshandlung, die § 90 erfordere, überhaupt die Rede sein könne. Ob Graf Bismarck eine Deputation habe empfangen wollen, sei dessen Privatsache. Der Gerichtshof erkannte auf Freispruch, indem er sich besonders der Ansicht des Vertheidigers anschloß, daß von einer Amtshandlung des Grafen Bismarck hier nicht die Rede sein könne.

[Die Voranschläge der Postverwaltung.] In den Voranschlägen für den Bundesetat des Jahres 1869 figurirt die Postverwaltung mit einer Einnahme von 22,445,810 Thlr. und einer Ausgabe im Ordinarium von 21,501,794 Thlr., im Extraordinarium noch 8000, zusammen also 21,509,794 Thlr., so daß sich ein Ueberüberschuss von 936,016 Thlr. ergibt. Der Statat für 1868 hatte eine Einnahme von 22,965,560 Thlr. und eine Ausgabe von 20,691,667 Thlr., also eine Ueberüberschuss von 2,273,893 Thlr. in Aussicht genommen. Die Einnahmen von 1869 stehen also gegen das Vorjahr um 519,750 Thlr. zurück, die Ausgaben stellten sich um 818,127 Thlr. höher, so daß der Ueberüberschuss sich um 1,337,877 Thlr. verringert. Die Mehrausgabe ist wesentlich durch Vermehrung der Postanstalten und des Beamtenpersonals bedingt. Die Zahl der Postanstalten belief sich im Jahre 1867 auf 4312, im Jahre 1868 auf 4532 und soll im nächsten Jahre auf 4630 steigen. Die Zahl der Beamten bei den Oberpost-Directionen stieg in den 3 Jahren von 664 auf 714 resp. 715. Die Zahl der Beamten bei den Ober-Postämtern in Hamburg, Lübeck und Bremen betrug 1867 379 und ist für die beiden folgenden Jahre auf 465 angenommen. Die Zahl der Beamten bei den übrigen Local-Postanstalten erhöht sich von 25,576 auf 28,840. Die Mehr-Ausgabe für die beabsichtigte Gebietsverbeserzung besteht auf 502,930 Thlr. Bei der Prüfung des Voranschläges im Bundes-Ausschuß für das Rechnungswesen ist die Frage angeregt worden, ob es nicht ratsam wäre, den Porto-Ertrag auf eine geringere Summe zu veranlassen; es war nämlich der Ertrag auf 17,217,120 Thlr. angesetzt, also 400,000 Thlr. niedriger als für 1868, man glaubte aber, daß der Aus

Mainz, 8. Mai. [Militärisches.] Die „G. N.“ schreiben: Es bestätigt sich, daß noch im Laufe dieses Monats ein hessisches Infanterie-Regiment in unsere Festung einrücken wird. Preußen hat an dieses Zugeständnis, wie versichert wird, die Bedingung geknüpft, daß das Regiment nach preußischem Montirungssystem uniformirt werde und preußische Verpflegungs-Competenzen erhalten.

Darmstadt, 12. Mai. [Der Kronprinz von Preußen] trifft heute Mittag auf mehrstündigen Aufenthalt hier ein. Der Herzog von Coburg-Gotha war gestern hier zum Besuch bei dem Großherzog. Prinz Adalbert von Preußen ist am Sonntag angekommen.

München, 12. Mai. [Der nordamerikanische Gesandte G. Bancroft] wird noch mehrere Tage hier verweilen. Gestern hatte derselbe eine längere Conferenz mit dem Staatsrath v. Daxenberger, dem Stellvertreter des Fürsten von Hohenlohe.

### De st e r r e i c h.

Wien, 12. Mai. [Budget-aufschluß.] Fast sämtliche Minister sind anwesend. Auf Antrag des Subcomite's wurde die Vermögenssteuer mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt, bei der Beratung der Staatschulden-Convertitur wurde zunächst die Frage erörtert, welche Summe den Staatgläubigern im Ganzen abzuziehen sei und unter manchen darauf bezüglichen Anträgen jener Majas angenommen, welcher außer den bestehenden siebenprozentigen Einkommensteuer noch einen achtzehnprozentigen Zinsenabzug vorschlägt.

Wien, 12. Mai. [Die Nationalbank] hat die Tagesordnung für ihre am 16ten stattfindende Generalversammlung veröffentlicht. Dieselbe enthält den Bericht der Bankdirektion über den Stand der Verhandlungen der Bank mit dem Finanzministerium bezüglich der Ansprüche der Bankdirektion auf Entschädigung, ferner den Bericht des Bankausschusses über die Entschädigungsansprüche, sodann die Vorlage über Änderung der Statuten sowie des Uebereinkommens von 1863 und endlich die bekannten Vorschläge des Comite's der Bankaktionäre.

### Provinzial - Beitung.

Breslau, 13. Mai. [Angelkommen:] Febr. v. Schele, Präsident der königl. Hof-Kammer und Hofjägermeister, aus Berlin. (Int.-Bl.)

# Schwerin, 11. Mai. [Zum Verkehr.] Im Spätherbst v. J. wurde die Längsgasse bei der Neupflasterung durchweg mit lehmigem Sand überschüttet, welder sich sehr bald, mit Regen und Schnee vermischte, zu einer derartigen weichen Masse ausbildete, daß die Fußgänger nur auf einzelnen, durch unabweisliche Frequenz gebildeten Uebergängen freien Fußes und zollfrei auf die andere Straßenseite gelangen konnten. Diese Deckmasse wurde

war nachdrücklich abgeschobt, aber die Längsgässer sollten sehr bald in die frühere Lage zurückversetzt werden. Denn einige Wochen nach Weihnachten

stellte sich die Notwendigkeit einer circa 14 Tage andauernden Ausbeiführung

der neuen Pflasterung heraus und es folgte dieser ersten Nachhilfe und Reparatur eine abermalige Total-Ueberhöhung ganz ähnlichen Materials,

während es vielleicht genügt hätte, daß nur die unverkennbar ausgebesserten Stellen zugedeckt würden. Bei dem anhaltenden Regen bildete sich eine aber

mäßige Deckmasse, welche sich bei der jüngsten trockenen Witterung alsmäßig in Staubwolken aufstieß und die Straßenebewohner in einer anderen Art höchstlich belästigte. Ein Hausbesitzer ist bezüglich des zur Ueberschüttung un-

geeigneten Materials bei dem Magistrat vorstellig geworden, hat aber den

Bescheid erhalten, daß das Material gut sei — eine Ansicht, welcher nicht

alle Bauverständige bestimmen.

○ Beuthen O.S., 12. Mai. [Feuerbrunst.] Ungefähr um 9½ Uhr des Morgens brach auf dem Dorfe Rößberg, dicht an der biesigen Stadt (dieselbe quasi als Vorstadt begrenzend) Feuer in einem von Schrotholz erbauten Hause aus. Begünstigt von einem starken Sturme, gewann das verheerende Element nach wenigen Augenblicken bald solche Dimensionen, daß man mit vollem Recht nicht nur für die Ortschaft Rößberg, sondern für die ganze Stadt Beuthen die größte Gefahr befürchten mußte. In geringer Entfernung von der Brandstätte befindet sich Beuthen's Gasanstalt, deren Hof- und Gartenzaun wiederholt von den Flammen ergripen wurde, aber Dank dem kräftigen Einbrechen der hieb- und nachbarlichen Feuerwehrmannschaften, welche letztere in theilnehmender Weise aus den Städten Gleiwitz, Kattowitz, Tarnowitz, Myslowitz, Scharleit und anderen Ortschaften in Eile herbeigekommen, vor gänzlicher Vernichtung bewahrt wurde. Ein eventuelles Umschreiten des Brandes in der genannten Anstalt hätte leichterhand zur Zerstörung und Zersetzung der Stadt beitragen können. Der angewendeten Mühe ungeachtet ist, soweit sich bis jetzt ermitteln ließ das Leben zweier Kinder verloren gegangen und nicht weniger als vierzig Possessen (incl. der Kirche) sind ein Raub der Flammen geworden. Eine zur Belästigung bereit gestandene Leiche soll ebenfalls verbrannt sein. Einen berzerrckenden Anblick bietet die aus mehreren hundert Verlorenen bestehende Menschenmasse, die des Ovdachs und aller, selbst der nothwendigsten Lebensmittel beraubt ist. Die Betroffenen gehören zum größten Theil dem Arbeiterstande an.

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 6 Grd. in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Ba- rometer.	Gust- temper- atur.	Wind- richtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 12. Mai 10 U. Ab.	333,92	+9,6	O. 2.	Heiter.
13. Mai 6 U. Mrg.	334,60	+7,6	O. 1.	Heiter.

Breslau, 13. Mai. [Wasserstand.] O.-B. 16 ¾ 7 3. U.-B. 3 7 8 3.

### Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 12. Mai. Die Couponszählung der Rente im Inlande beginnt am 22. d. Es bestätigt sich, daß das Tabakmonopol an eine italienische Compagnie verpachtet wird. Gerichtsweise verlautet, falls die französische Regierung auf dem Entschluß, ein Geschwader nach Tunis zu senden, bestehen sollte, würden auch zwei italienische Kriegsschiffe dorthin abgeben, um die Interessen der Nationalangehörigen zu wahren. Das russische Übungsgeschwader wird demnächst das adriatische Meer besuchen.

Bukarest, 12. Mai. Der Präsident des Conseils und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Stefan Golesco, hat gestern aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung gegeben. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Man glaubt an eine Umgestaltung des Cabinets.

Newyork, 12. Mai. Der Beschluß des Senats lautet: Der Urteilsspruch in dem Prozeß gegen Johnson ist bis Sonnabend aufzuschieben.

Luxemburg, 12. Mai. Der Staatsrath ist hinsichtlich der Aufhebung der zwischen der Eisenbahngesellschaft Wilhelm-Luxemburg und der französischen Ostbahn abgeschlossenen Vertrages den Ansichten der Regierung und einzelner herberragender Kammermitglieder beigetreten. Man glaubt, daß internationale Verwicklungen aus dieser Angelegenheit entstehen könnten. (T. B. f. N.)

London, 12. Mai. Die Königin hat sich in Erwiderung auf die Adresse des Unterhauses in Bezug auf die irische Staatskirche folgendermaßen ausgesprochen: „Im Vertrauen auf die Weisheit des Parlaments wünsche ich, daß mein Interesse bei den weltlichen Gütern der irischen Kirche der Beratung irgend welcher darauf bezüglicher Maßregeln im Laufe der gegenwärtigen Session nicht im Weg stehen möge.“ Gladstone hat angekündigt, daß er morgen eine Gesetzvorlage einbringen werde. (T. B. f. N.)

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.) Paris, 12. Mai, Nachm. 3 Uhr. Ziellich fest. Consols vor Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. — Schluss-Course: Sproc. Rente 69,45. Italien. Sproc. Rente 49,10. Oester. Staats-Eisenb.-Actien 565,00, dito ältere

Prioritäten —, dito, neuere Prioritäten —, Credit-Mobil-Actien 280,00. Lombard. Eisenbahn-Actien 376,25, dito. Prioritäten —, Sproc. Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 80 ¼.

Paris, 12. Mai, Abends. Oester. Staats-Eisenb.-Actien ältere Prioritäten 259,50. Lombarden-Prioritäten 217,00. Haute.

London, 12. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 92 ¼%. Sproc. Spanier 35 ½. Italien. Sproc. Rente 48 ¼%. Lombarden 14%. Mexicano 15 %. Sproc. Russen 83 %. Neue Russen 83 %. Silber 60 ½%. Türkische Anleihe von 1865 34 ¼%. Sproc. Vereinigte Staaten-Anleihe pr. 1882 70 ¼%.

Frankfurt a. M., 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wechsel 102. Österreichische National-Anleihe 53,6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75 %. Hessische Ludwigsbahn 134 ½%. Bayerische Prämien-Anleihe 100 %. 1854er Lothe 63 %. 1860er Lothe 60 %. 1864er Lothe 87 %. Oberböhmis. 74 %. Russ. Bodencredit 79 % B. — Fert. Nach Schluss der Börse: Stille. Creditactien 192 ¼%, Staatsbahn 263 ¼%, steuerfreie Anleihe 50%.

Frankfurt a. M., 12. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Günstig. Amerikaner 75 %. Credit-Actien 192. Steuerfrei Anleihe 50 %. 1860er Lothe 70 %. National-Anleihe 53 %. 5% Anleihe von 1859 —. Staatsbahn 263 ¼%.

Bremen, 12. Mai. Petroleum, Standard white, loco 5 ½%.

Wien, 12. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Schluss matt. Credit-Actien 182,80. Nordbahn —. 1860er Lothe 80,80. 1864er Lothe 85,00. Böhmische Westbahn —. Staatsbahn 259,30. Galizier 201,60. Steuerfrei Anleihe —. Napoleonbörse 9,32. Lombarden 174,00. Ungarische Creditactien —. Elizabetbahn —.

Hamburg, 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Hamburger Staats-Brämen-Anleihe 88. National-Anleihe 54 %. Oester. Credit-Actien 81 %. Österreichische 1860er Lothe 69 %. Staatsbahn 554. Lombarden 373. Italienische Rente 47 %. Vereinsbank 111 %. Norddeutsche Bank 119 ½%. Rhein. Bahn 117 ½%. Nordbahn 96 ½%. Altona-Kiel 111. Finnlandische Anleihe 79 ¼%. 1864er Russische Prämien-Anleihe 105. 1866er Russische Prämien-Anleihe 103. Sproc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69 %. Disconto 2 ½ p.C. — Sehr angenehm.

Hamburg, 12. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco und ab auswärtis niedriger, auf Termino schließlich gefragter. Weizen pr. Mai 5400 Pf. netto 172 Bancotbaler Br. 171 Gld., pr. Mai-Juni 165 Br. 164 Gld., pr. Juli-August 154 Br. u. Gld. Roggen pr. Mai 5000 Pf. Brutio 121 Br., 120 Gld., pr. Mai-Juni 114 Br., 113 Gld., pr. Juli-August 105 Br. u. Gld. Hafer sehr still. Rüböl still, loco 21 %, pr. Mai 21 %, per October 22 %. Spiritus flau. Kaffee rubig. Zink unbedacht.

Wien, 12. Mai, Nachm. (Von Hardy Natan und Sons.) Garne, Notirungen per Pfund: 30 Mule gute Mittel-Qualität 14 ½ D. 30r Water, bestes Gespinst 16 ½ D. 40r Mule, 40r Mule, beste Qualität wie Taylor x. 18 D. 60r Mule, für Indien und China passend, 20 D. Stoffe, Notirungen per Stück: 3 ½ Pf. Sproc. Shirting prima Calvert 140 ½ D. dito, gewöhnliche gute Matex 134 D. 34 inches 1 ½, printing Cloth 9 Pf. 2—4 oz. 159 D. — Russia.

Liverpool, 12. Mai, Mittags. Baumwolle: 5000 Ballen Umsatz. Russia, New-Orleans 12 %. Georgia 12. Fair Dhollerah 10 ½%. Middle Fair Dhollerah —. Good middling Dhollerah 10. Bengal 9 ¼%. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Domra 10 %. Good fair Domra 11 %. Bernam 12 ½%. Egyptisch 13 %. Smyrna 10 %. Orleans schwimmend —. Schwimmende Amerikaner —. Savannah —. Mobile —. Domra April-Vorhissung —.

— 12. Mai. (Schlussbericht.) Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Preise williger.

Petersburg, 12. Mai. [Schluss-Course.] Wechselkours auf London 3 Monate 32 %. D. do. auf Hamburg 3 Mon. 29 ½—29 ¾% Sch., do. auf Amsterdam 3 Monate 162 ½—163 Et., do. auf Paris 3 Monate 34 ¼% bis 34 ½%. 1864er Prämien-Anleihe 129 %. 1866er Prämien-Anleihe 126. Imperials —. Große Russ. Eisenbahn 119.

Petersburg, 12. Mai. [Productenmarkt.] Gelber Lichtenfels loco 48 ½%, pr. August (mit Handels) 47 %. Roggen pr. Mai 8 ½%. Hafer pr. Mai 5 %. Hansel loco 3,80, pr. Juni 3,85.

Newyork, 12. Mai, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110. Golddag 39 %. 1882er Bonds 109. 1885er Bonds 107 %. 1904er Bonds 103 %. Illinois 145 %. Criebahn 70. Baumwolle 39 %. Petroleum raffiniert, Type weiß 30 %. Mehl 10,05.

Paris, 12. Mai, Nachm. Rüböl pr. Mai 90,25, pr. Juli-August 90,25, pr. Sept.-Dezbr. 90,25 matt. Mehl pr. Mai 90,50, pr. Juli-August 88,50. Spiritus pr. Mai 84,00 fest.

[Breslauer Börse vom 13. Mai.] Schluss-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergele 83 ¼% bez. Oester. Rentennoten 87 ¼—8 ½% bez. u. Br. Schle. Rentenbriefe 91 % bez. Schles. Pfandbriefe 83 Br. Oester. National-Anleihe 14 ½% Br. Freiburger 118 ½—% bez. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 186 ½% bez. Wilhelmsbahn 88 ½ Br. Opeln-Tarnowizer 76 ½ Br. Oester. Creditbank-Actien 81 % Gd. Schles. Rentennoten 114 Br. 1860er Lothe 70 Br. Amerikaner 76 % Br. Warschau-Wien 58 % Gd. Minerva 37 ½—1 ½% bez. Italiener 48 bez. u. Br.

Breslau, 13. Mai. Preise der Cereales. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 116—120 113 104—108 Gerste ..... 60 62 58 51—56

do. gelber, 115—117 112 102—107 Hafer ..... 39 38 37

Roggen, schles. 80—81 78 74—75 Erbsen ..... 70—74 68 60—64

do. fremder 75—78 73 70

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 18 ½ Br., 17 ½ Gld.

Offiziell gefündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Leinbl. 400 Ctr. Rüböl. 10,000 Ctr. Spiritus. — Ctr. Rapsfuchen. 1000 Ctr. Hafer.

Breslau, 13. Mai. Preis der Cereales.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen.

fein mittel ordin. fein mittel ordin.

Weizen, weißer 116—120 113 104—108 Gerste ..... 60 62 58 51—56

do. gelber, 115—117 112 102—107 Hafer ..... 39 38 37

Roggen, schles. 80—81 78 74—75 Erbsen ..... 70—74 68 60—64

do. fremder 75—78 73 70

Kartoffeln pr. Sat à 150 Pf. 28—38 Sar. Meke 1 ½—2 ¼ Sar.

Breslau, 13. Mai. Bei schleppendem Geschäftsverkehr haben sich Getreidepreise am heutigen Martte nicht ungefähr behauptet, der Umsatz blieb belanglos.

Weizen wenig beachtet, pr. 84 Pf. schlesischer weißer 104—120 Sar. gelber 102—117 Sar. feinste Sorte 1—2 Sar. über Notiz bezahlt.

Roggen sand träge Beachtung bei höheren Forderungen, pr. 8 Pfund schlesischer 74—81 Sar. fremder 70—78 Sar. feinste über Notiz. — Gerste war flau, pr. 74 Pf. gelbe 54—56 Sar. helle 57—59 Sar. weiße 60—63 Sar. feinste Sort